



Offener Brief an den Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband

Planwirtschaft

Gerd Billen behauptet in einer dpa-Meldung zur Akzeptanz der Energiewende, die Energiewende sei richtig. Aus Verbrauchersicht sei sie aber teurer als sie sein müsste. 'Sie ist zu schlecht koordiniert, sie ist zu schlecht geplant.' Billen verlangt die Abschaffung der Privilegien, die viele Firmen von Netzentgelten und der Ökostrom-Umlage befreien. Dadurch müssten die Privathaushalte den größten Teil der Mehrkosten für die Energiewende schultern. 'Das ist ungerecht - auch, weil wir sehr viele Verbraucher mit geringen Einkommen haben'. [1]

Brief des Beiratsvorsitzenden der NAEB e.V. Prof. Dr. Hans-Günter Appel

4. Januar 2013

Ihre falschen Argumente zur 'Energiewende'

Sehr geehrter Herr Billen,

mit Verwunderung, ja Unglauben, habe ich Ihre Ausführungen zur sogenannten Energiewende gelesen, verbreitet durch die Nachrichtenagentur dpa. Sie behaupten, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sei laut einer Umfrage des Bundesumweltamtes für die Energiewende. Dies stimmt, solange der Befragte nicht über die Kosten aufgeklärt wird. Und über die Kosten wird von Seiten der Regierung und der Parteien weitgehend nicht nachgedacht. Man ist dann maßlos erstaunt, dass die Kosten explodieren. Es ist hier durchaus ein Verdienst der Verbraucherzentrale, eine Kostenprognose zu veröffentlichen. Allerdings sind die Prognosen für das Jahr 2013, die Mitte des Jahres 2012 aufgestellt wurden, deutlich zu niedrig.

Die Stromverbraucherschutz-Organisation NAEB e.V. www.naeb.info prognostiziert realistische Kostensteigerungen für Strom, die durch die Subventionierung der regenerativen Energien nach den Ausbauplänen der Bundesregierung bis 2020 entstehen. Sie sind im Vergleich zu Stromkosten in den USA und in Frankreich in einem Diagramm dargestellt. Wenn diese Pläne tatsächlich weiter verfolgt werden, müssen sich die deutschen Bürger auf eine Verdopplung des Strompreises in den nächsten acht Jahren einstellen. In den USA dürfen sich dagegen die Einwohner über sinkende Strompreise durch die Verwendung von Schiefergas und Schieferöl zu Stromherstellung freuen.

Es ist uns unverständlich, dass Sie als Vorstand der Verbraucherzentrale bei dieser Sachlage für die 'Energiewende' eintreten. Ihre Klagen, die Verbraucher müssten die Privilegien der Industrie bezahlen wie die Reduzierung der Stromkosten, sind unsinnig. Die hohen und ständig weiter steigenden Stromkosten zahlt immer der Kunde, entweder direkt über den Strompreis oder indirekt über steigende Kosten für Dienstleistungen und Waren.

Grund für die Strompreismisere ist der überwiegend planwirtschaftliche Ausbau der regenerativen Energieanlagen. Das Hauptinstrument ist das unwirtschaftliche und unsoziale EEG Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die hohen gesetzlichen Einspeisevergütungen für 20 Jahre für Strom aus diesen Anlagen garantieren den wenigen Betreibern und den Anlegern überdurchschnittliche und sichere Renditen auf Kosten der restlichen Mitbürger. Sie werden durch ständig steigende Strompreise überproportional geschröpft. Diese Umverteilung von unten nach oben führt zu immer größeren Kaufkraftverlusten. Als Folge müssen immer mehr Läden schließen, weil der Umsatz nicht mehr hoch genug ist. Urlaubsreisen werden eingeschränkt. Kurz, durch das EEG wird die Lebensqualität vermindert und es werden immer mehr Arbeitsplätze abgebaut.

Wenn Sie tatsächlich für die Verbraucher eintreten, müssen Sie die Annullierung des EEG und der anderen planwirtschaftlichen und kostenträchtigen Energiegesetze fordern. Nur ohne diese unsinnigen und unwirtschaftlichen Gesetze und Verordnungen, die inzwischen einen Umfang von mehr als tausend Seiten haben, kann jeder Bürger und jeder Betrieb sinnvolle Energieeinsparungen planen und durchführen. Hierzu gehört auch die Einbindung von Windstrom, Solarstrom und Biostrom. Die regenerativen Energien können örtlich zu wirtschaftlichen Lösungen ohne jede Subvention führen. Es ist aber ein frommer Glaube, man könne eine Industrienation weitgehend mit regenerativen Energien versorgen. Dies ist nicht bezahlbar und auch physikalisch nicht möglich.

Die NAEB e.V. bietet Ihnen alle erdenkliche Unterstützung an, Ihre Mitarbeiter und die Verbraucher objektiv über eine wirtschaftliche und sichere Energieversorgung zu unterrichten. Unsere Fachleute mit großem Detailwissen können mitwirken, eine unsinnige Energiepolitik zu Lasten des größten Teils der deutschen Bevölkerung wieder ins Lot zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Hans-Günter Appel
Beiratsvorsitzender NAEB e.V.

Quelle: [1] www.agrarheute.com/kritik-verbraucherzentralen

Pressekontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
info@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Prof.Dr. Hans-Günter Appel

Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
Hans-Guenter.Appel@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie/Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. naeb e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

